

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Monatliche Beilagen: „Der Betriebsrat in der Holzindustrie“ und „Holzarbeiter-Frauenblatt“.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis monatlich 0,50 Goldmark. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steindrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 10, Am Köllnischen Park 2.

Inserate: Die 6 gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum nach Goldmark 30 Pf., Arbeitervermittlungen 20 Pf., Verbandsanzeigen 10 Pf. pro Zeile.

Treue um Treue.

Das ist die schwerste Zeit, die das deutsche Volk je erlebt hat. Die Nöte der Kriegszeit verblissen angesichts des grenzenlosen Elends, von dem die breite Masse in Deutschland heimgesucht wird. Schwer lastet die harte Faust des Siegers auf dem deutschen Volk. Immer neue Demittigungen, raffinierte Peinigungen werden erfunden, um den Druck des uns ausgebildeten Joches zu verschärfen. Als der Weltkrieg seinem Ende entgegen ging, da hörte man aus dem Munde der Sieger viele schöne Worte von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, von einem Regim der Weisheit und Gerechtigkeit, das nun aufgerichtet werden soll, und sonstige salbungsvolle Reden mehr. Diese Worte sind nicht vergessen, sie werden vom Sieger immer wieder zitiert, aber als grausamer Hohn, um die auf uns niederfallenden Geißelstriche zu verschärfen. Der Sabismus der in Poincaré verkörperten französischen Regierungsgewalt kann sich ungehemmt austoben. Die Regierungen der mit Frankreich verbündeten Länder wagen es nicht, dem Feindiger Deutschlands in den Arm zu fallen. Zwar macht sich auch in den Ländern jenseits unserer Grenzen die Stimme der Menschlichkeit bemerkbar, sie erstarbt zusehends, aber sie hat noch nicht die Macht, die Regierungen bestimmend zu beeinflussen.

Der Druck der feindlichen Gewalt vernichtet die Wirtschaft in Deutschland, und die Folgen machen sich auch in den Siegerländern bemerkbar. In der ganzen Welt besteht ein starker Hunger nach Waren und Gebrauchsgütern. Um dieses Bedürfnis zu befriedigen, würden alle vorhandenen Arbeitskräfte kaum ausreichen. In der kapitalistischen Welt erfolgt aber die Erzeugung von Gebrauchsgütern nicht zu dem Zweck, das vorhandene Bedürfnis zu befriedigen, sondern um Gewinne zu erzielen. Wo kein Profit winkt, werden die Betriebe stillgelegt. Im heutigen Deutschland ist das Mißverhältnis zwischen Bedarf und Erzeugung besonders drastisch. Die Masse hungert, sie friert in kalten, kahlen Stuben, weil sie weder Lebensmittel noch Brennmaterial kaufen kann, dabei herrscht ein entsetzlicher Wohnungsmangel; es ist unmöglich, die notwendigen Kleider, die Wäsche, das Schuhzeug zu erneuern; kurzum, die Not ist unbeschreiblich.

Das deutsche Elend ist auf zahlreiche Ursachen zurückzuführen. Unmittelbar empfinden wir den Druck der Währungsnot. Durch die in rasenden Sprüngen sich vollziehende Entwertung des Geldes wird der Arbeiter um den Lohn für seine Arbeit betrogen. Der Arbeitslohn reicht nicht aus, um die Kosten der kümmerlichsten Ernährung zu bestreiten. Der Verfall der Mark ist aber nur eine der Auswirkungen, die eigentliche Ursache ist der verlorene Krieg und der eiserne Druck der Faust des Siegers an der Gurgel des deutschen Volkes. Nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs hätte es im Interesse der Sieger gelegen, die Entwicklung der Demokratie in Deutschland zu fördern. Der Ausbau und die Festigung der Demokratie hätte allmählich zu einer Wiedergesundung Deutschlands geführt; Deutschland wäre in die Lage versetzt worden, Wiedergutmachungen im Rahmen des äußersten Möglichen zu leisten. Der französische Imperialismus ist andere Wege gegangen. Durch seinen unaufhörlichen Druck hat er nicht nur die Demokratie in Mißkredit gebracht, sondern den Revanchegedanken in Deutschland geradezu gezeugt. Ohne diesen Druck wäre es undenkbar, daß der Kaiserreich Ludendorff, dessen Führung des Weltkrieges Deutschland ins Unglück gestürzt hat, seine unheilvolle Rolle weiter spielen könnte. Ohne diesen Druck hätte der Wahnsinn nicht Boden fassen können, daß es bewaffneten Banden möglich wäre, eine Erhebung gegen den zurzeit allmächtigen französischen Militarismus durchzuführen. Die Bildung solcher bewaffneter Haufen ist für Frankreich sehr ungefährlich, aber um so größer ist die Gefahr für Deutschland, wie die jüngsten Vorgänge in Bayern bewiesen haben. Die Bewaffnung der Konterrevolution muß Gegenwirkungen hervorrufen. Einmal im Innern, wo die Gefahr des Bürgerkrieges in drohender Nähe gerückt war und noch keineswegs beseitigt ist, auf der anderen Seite gibt sie beschaffen äußeren Feinden den Vorwand zu neuen Bedrückungen.

Durch den Ruhestampf hat die deutsche Wirtschaft den letzten Stoß erhalten. Die Politik des passiven Widerstandes gegen die vertragswidrige Befestigung des Ruhrreviers mag, nachdem dieser Einsall nicht verhütet worden war, richtig gewesen sein, aber die Regierung Cuno hat diesen Kampf bis zum Weißbluten fortgeführt. Das Unglück dieser rein kapitalistischen Regierung war es, daß der Ruhestampf ausschließlich auf der Notendrucke basiert wurde, statt durch eine scharfe Besteuerung des Besitzes die erforderlichen Mittel anzubringen. Als der Kampf abgebrochen wurde, war die Mark infolge der ungeheuren Inflation tot. Die auf den Abbruch des Ruhrkampfes gerichteten Hoffnungen trugen, der Druck auf Deutschlands Gurgel wurde nicht gemildert. Von diesem Zeitpunkt an datiert die jüngste Phase in der Bedrückung des deutschen Volkes. Eben hatte der Reichstag im Streben über den durch den Abschluß des Versailler Vertrags hervorgerufenen Steuererhöhungen die Sabotage des ...

diese Steuern. In immer größerem Umfange folgten Betriebsbeschränkungen und -schließungen. Damit sollte die Lohnsteuer gespart werden. Auch die jetzt in riesigen Sprüngen einsehende Marktentwertung ließ es den Industriellen vielfach angebracht erscheinen, die Erzeugung zu beschränken. Die Rohstoffe sind Sachwerte, deren Besitz ihnen wertvoller dünkt, als der von Geldscheinen unbestimmten Wertes.

Der anschwellenden Arbeitslosigkeit wurde vielfach künstlich nachgeholfen. Dem überwiegend politisch reaktionär gerichteten Unternehmertum — werden doch bestimmte Großindustrielle öffentlich als Geldgeber der nationalistischen Kampfverbände genannt — erscheint diese Zeit mit ihrer großen wirtschaftlichen Not besonders geeignet, seinen Gelüsten auf völlige Unterjochung und Knebelung der Arbeiterschaft die Zügel schießen zu lassen. Es ist vielleicht kein Zufall, daß die unter dem Schutz der französischen Bajonetten durchgeführte Separatistenbewegung im Rheinland, der, wenn auch karnavalistisch wirkende, aber sehr ernst gemeinte Putsch im Münchener Bürgerbräukeller und der verstärkte Ansturm gegen die zum Schutz der Arbeiter erlassenen Verordnungen zeitlich zusammenfallen. Das Scharfmachertum in der rheinisch-westfälischen Berg- und Hüttenindustrie geht tonangebend voran. Das ist der Dank des Vaterlandes, den man der Arbeiterschaft des Ruhrgebiets für ihren aufopferungsvollen Kampf in überschwinglicher Weise versprochen hat. Allen Bergarbeitern wurde gekündigt, die Wiedereinstellung soll nur zu verlängertem Arbeitszeit erfolgen, aber 30 Prozent der Arbeiter sollen davon ausgenommen sein. Die Eisen- und Stahlindustriellen erklären dem Dortmunder Arbeitsamt, daß der Achtstundentag aufgehoben sei und an seine Stelle der Zehnstundentag trete. Ein Drittel der Arbeiter soll ins unbefestete Deutschland abgeschoben werden. Der aus den Vorständen der Spitzenverbände der Unternehmer in Industrie und Landwirtschaft zusammengekommene Verwaltungsrat der Rentenbank erklärt dem Reichskanzler, daß der Achtstundentag beseitigt, die Unternehmer von den Tarifverträgen befreit und die Erwerbslosenfürsorge abgeschafft werden müsse. Die rheinisch-westfälischen Scharfmacher werden beschämt durch die Verfügung des französischen Landvogts, der nicht dulden will, daß die deutschen sozialen Gesetze verletzt werden. Dabei hat es wenig zu sagen, daß der General Degoutte sich von ganz anderen Motiven leiten läßt, als von Zuneigung zu den deutschen Arbeitern.

Es kann nicht geleugnet werden, daß die Unternehmer den Zeitpunkt für ihren Vorstoß gut gewählt haben. Die Arbeiter hungern und ihre Gewerkschaften befinden sich in einer bedrängten Finanzlage. Die fortschreitende Marktentwertung ließ die Beiträge nur in völlig entwertetem Zustand in die Verbandstassen fließen. In dieser Hinsicht ist von der Einführung der Festmark, die doch eine gewisse Stabilisierung bringen wird, eine Besserung zu erwarten. Aber auch in sonstiger Beziehung sieht es in den Gewerkschaften nicht gut aus. Die finanzielle Notlage der Gewerkschaften hätte dem Scharfmachertum den Kamm nicht so schwellen lassen, wenn die materielle Not die Massen um so fester zusammengeschmiedet hätte. Es kann leider nicht bestritten werden, daß in unseren Verbänden manches so ist, wie es nicht sein sollte. Das mag darauf zurückzuführen sein, daß die gewerkschaftliche Durchbildung der Mitglieder mit dem Anwachsen der Gewerkschaften nicht gleichen Schritt halten konnte.

Der Zweck der Gewerkschaften ist der Kampf zur Erzielung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen. Wenn die Not steigt, das Elend einen immer größeren Umfang annimmt, dann erwartet der Arbeiter Schutz von seiner Gewerkschaft. Er war es bisher gewohnt, sich bei wirtschaftlichen Nöten an seinen Verband zu wenden und dort Hilfe zu finden. Bleibt die Hilfe in dem erwarteten Umfange aus, dann besteht bei der ungeschulten Masse leicht die Neigung, die Schuld daran der Gewerkschaft beizumessen und ihren Funktionären den Vorwurf zu machen, daß sie ihre Pflicht verabsäumen. Wer sich nicht bemüht, die wahren Zusammenhänge zu erkennen, wird leicht geneigt sein, den Anklagen gegen die Gewerkschaften und ihre Funktionäre ein williges Ohr zu leihen; in den Ruf nach Befreiung der letzteren einzustimmen, obwohl nur wenig Überlegung dazu gehört, zu erkennen, daß auch andere die Aufgabe nicht bewältigen können, die allgemeine Wirtschaftslage in dem von uns gewünschten Sinne zu beeinflussen.

Der unterdrückte, geknechtete und ausgebeutete Arbeiter neigt, wenn er aus seiner Gleichgültigkeit erweckt wird, zum Radikalismus. Das ist ganz natürlich. Er fühlt sich in Ketten geschlagen und er will diese Ketten sprengen; wer ihm die Freiheit verspricht, ist sein Mann. In diesem Stadium sieht man nur das Ziel, das unmittelbar erreichbar scheint, wenn man nur will. Aus Mangel an ökonomischer Schulung vermag man die Schwierigkeiten, die sich seiner Errettung in den Weg stellen, nicht zu erkennen. Es ist kein Zufall, daß sehr viele Arbeiter, die z. B. in Bayern zur Zeit der Mätherrschschaft Soldaten der Roten Armee waren, heute begeisterte Anhänger der Stürmer-

Nationalsozialen Partei und sonstiger faschistischer Bünde sind. Das gleiche hat man auch in Ungarn, in Italien und anderwärts erlebt.

Ziel schwerer ist es, sich in Perioden hochgehender politischer Erregung, die meist auch Zeiten wirtschaftlicher Not sind, den Blick freizuhalten. Ohne das Ziel aus dem Auge zu verlieren, mit ruhiger Bestimmtheit das zu tun, was der Augenblick erfordert. Das ist die Aufgabe der Gewerkschaften. In sie und ihre Funktionäre stellt die gegenwärtige Zeit Anforderungen, die erst später in ihrer Größe und Bedeutung die richtige Würdigung erfahren werden. Unserem Gegner, dem Kapitalismus, der sich uns in Gestalt des Unternehmertums personifiziert, bereitet es ein grimmiges Vergnügen zu sehen, wie sich die Arbeiter gegenseitig bekämpfen und zerfleischen. Je höher die Bogen des inneren Zwiespalts in den Gewerkschaften gehen, desto besser blüht der Reiz des Unternehmertums. Man kann die neuesten Ausbrüche ungezügelter Scharfmachereifles als eine Folge der inneren Kämpfe in den Gewerkschaften betrachten, denn diese Bruderkämpfe sind es, die dem Scharfmachertum Oberwasser geben.

Trotz der fürchterlichen materiellen Not der Arbeiterschaft, trotz der Finanzschwierigkeiten, mit denen unsere Organisationen zu kämpfen haben, sind die Gewerkschaften nicht machtlos. Ein großes Meer wohl disziplinierter Verbandsmitglieder ist ein moralischer Machtfaktor von nicht zu unterschätzender Bedeutung, der bald auch wieder zu einem materiellen Machtmittel werden wird. Die Gewerkschaften sind als Machtzentren der Arbeiterschaft zur Wahrung deren Interessen gegenüber dem sich immer übermächtiger gebärdenden Unternehmertum unentbehrlich. In den bevorstehenden Auseinandersetzungen sind die Arbeiter auf sich selbst angewiesen. Dazu bedürfen wir Selbstvertrauen, das heißt Vertrauen zum Verband, als der Zusammenfassung der schwachen Kräfte des einzelnen. Die Mitglieder sehen mit Recht hohe Erwartungen in den Verband, sie können aber nur erfüllt werden, wenn jeder einzelne im vollen Umfange seine Pflicht erfüllt und dem Verbands unwandelbare Treue bewahrt. Im Verhältnis des Verbandes zu seinen Mitgliedern gilt die Lösung: Treue um Treue!

Wirtschaftliche und politische Reaktion.

Die furchtbare Wirtschaftskrise, die die Aktionkraft der Arbeiter hemmt, gibt gleichzeitig den reaktionären Kräften in Politik und Wirtschaft einen starken Auftrieb. Diese beiden Gebiete des öffentlichen Lebens stehen in engstem Zusammenhang, und wenn man näher zusieht, dann erkennt man zwischen den Trägern der reaktionären Bewegung auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet eine weitgehende Übereinstimmung und verständnisvolles Zusammenwirken. Der bayerische Diktator Kahr, der sich gegen die Reichseinheit und Reichsverfassung auflehnt, und der unbeschadet der heutigen Gegnerschaft gegen seine früheren Freunde Hitler, Ludendorff und Konforten als der Typus des politischen Reaktionärs betrachtet werden kann, erließ als eine seiner ersten Amtshandlungen ein Streikverbot, das sich gegen die Gewerkschaften richtet.

Diese Tendenz, die Arbeiterschaft wirtschaftlich zu knebeln und politisch zu unterdrücken, findet man auch auf der anderen Seite, bei der Reichsregierung, die den Hochverrat gegen das Reich, der in Bayern verübt wird, tatlos gewähren läßt, aber den militärischen Belagerungszustand als bequemes Mittel benutzt, um die besten Stützen der Republik zu drangsalieren. Die in Sachen und in Thüringen eingerückte Reichswehr hat dort im reaktionärsten Sinne des Wortes „Ordnung“ geschafft. Eine ganze Reihe republikanischer gesinnter Beamten wurde abgesetzt. In zahlreichen Fällen wurde die Befestigung der Städte in so provokatorischer Weise vorgenommen, daß es zu Zusammenstößen kam, bei denen viel Arbeiterblut floß. Aber nicht allein das, aus verschiedenen Anzeichen ist zu schließen, daß die einrückende Reichswehr sich von politischen und wirtschaftlichen Reaktionären mit Proskriptionslisten versehen ließ, auf Grund derer zahlreiche Arbeiterführer verhaftet wurden. Angeblick richteten sich diese Maßnahmen gegen kommunistische Pläne der Kommunisten, in Wirklichkeit trat der von den Denunzianten verfolgte Zweck, die Lahmlegung der Gewerkschaften, deutlich in Erscheinung. Wurde doch eine Reihe von Gewerkschaftsfunktionären verhaftet, die als scharfe Gegner der Kommunisten bekannt sind und von diesen entsprechend bekämpft wurden. Zu den Verhafteten gehören u. a. auch die beiden Angestellten unseres Verbandes in Klingenthal. Über das Verhalten der Reichswehr in den von ihr besetzten Gebieten haben die leitenden Minister der Länder Sachsen und Thüringen im Reichstags-Mitteilungen gemacht, die lebhaft an die Greuel erinnern, die von den Russen bei ihrem Einfall in Ostpreußen verübt wurden.

Es ist anzuerkennen, daß die Ausschreitungen von Angehörigen der Reichswehr von deren Leitung mißbilligt werden, aber sie sind so im Wesen des Militarismus begründet, daß sie kaum zu vermeiden sind, wenn man ihm die Zügel schießen läßt. Das ist es aber gerade, was die Empörung in weiten Kreisen wachruft, daß durch die Ver-

hängung des militärischen Belagerungsstandes die vollziehende Gewalt aus der Hand der verantwortlichen Regierungsvertreter in die der militärischen Befehlshaber übergegangen ist. Der Militarismus sucht Schmeid zu entwickeln, politischen Erwägungen ist er selten zugänglich. Das auf Grund des Belagerungsstandes ausgesprochene Verbot des Streiks der Berliner graphischen Arbeiter und die Verhaftung der Gewerkschaftsfunktionäre wird man nicht gerade als Ausfluß politischer Weisheit werten können. Vom Leiter der Reichswehr, als dem obersten Inhaber der vollziehenden Gewalt, sind Anordnungen getroffen worden, die vielleicht als scharfsinnige Maßnahmen angesehen werden können, durch die aber letzten Endes das Gegenteil dessen erreicht wird, was bezweckt war. Am 23. November hat der General v. Seeckt als Inhaber der vollziehenden Gewalt die Nationalsozialistische, die Deutschvölkische und die Kommunistische Partei für das ganze Reichsgebiet verboten und ihr Vermögen beschlagnahmt.

Aus der Tatsache, daß von den gleichen Maßnahmen die extremen Parteien sowohl rechts wie links betroffen werden, könnte man auf eine besondere Objektivität und Gerechtigkeit schließen; wir möchten uns in dieser Hinsicht eines Urteils enthalten. Dagegen darf ruhig ausgesprochen werden, daß der Schritt nicht gerade Verständnis für die Psychologie der Massen verrät. Parteien sind der Ausdruck geistiger Strömungen. Durch gewaltsame Unterdrückung lassen sich diese nicht beseitigen. Wo eine legale Betätigung nicht möglich ist, wird die Bewegung in illegale Bahnen geradezu gezwungen. Das führt zum Kampf mit vergifteten Waffen, was der Aufrechterhaltung des inneren Friedens, der von der Staatsgewalt erstrebte Ruhe und Ordnung wenig förderlich ist. Wir hoffen, daß der begangene Fehler erkannt und recht bald rückgängig gemacht wird, ehe größerer Schaden entsteht.

Am dem gleichen Tage, als General v. Seeckt den erwähnten Erlass herausgab, wurde im Reichstage die Regierung Stresemann gestürzt. Sie hatte nach dem Ausscheiden der Sozialdemokraten nur noch eine sehr unsihere Grundlage. Der gleiche Grund, der das Ausscheiden der Sozialdemokraten veranlaßt hatte, übermäßiger Schneid gegen Sachsen und Thüringen, bei gleichzeitiger Duldung des Verfassungsbruchs in Bayern, führte auch zum Sturz der Regierung. Gegen das beantragte Vertrauensvotum stimmten neben den Sozialdemokraten und Kommunisten auch die Deutschnationalen. Diese Partei, die ausgesprochen die Reaktion auf politischem wie auf wirtschaftlichem Gebiet repräsentiert, glaubte sich nun schon am Ziel ihrer Wünsche. Es fanden lange Verhandlungen über die Bildung einer Regierung aller bürgerlichen Parteien statt, in welcher die Deutschnationalen die ausschlaggebende Rolle zu spielen beabsichtigten. Auch in Preußen sollten die Sozialdemokraten aus der Regierung hinausgedrängt werden, um den Deutschnationalen Platz zu machen.

Seit der Revolution waren die Deutschnationalen auf der öffentlichen politischen Bühne in den Hintergrund gedrängt, um so fleißiger haben sie hinter den Kulissen gearbeitet und sich für die Ergreifung der Macht vorbereitet. Wer sich der Unterdrückung, der Schikanen und oft genug injamem Behandlung erinnert, welche die Arbeiterklasse, zeitweise aber auch das liberale Bürgertum in der Wilhelmianischen Ära erfahren hat, kann sich eine Vorstellung machen, was es bedeuten würde, wenn die Deutschnationalen wieder ihrem Willen zur Macht frönen könnten. Dieser Wille zur Macht fand seinen deutlichsten Ausdruck in der Forderung der Deutschnationalen nach Umbildung der preussischen Regierung. Ein preussisches Ministerium, in dem die Deutschnationalen bestimmenden Einfluß ausüben, bedeutet die Wiederherstellung der verdrängten altpreussischen Wirtschaft und die Umstellung Preußens auf den zurzeit in Bayern herrschenden reaktionären Kurs. Das ging selbst den bürgerlichen Parteien, die bereit waren, den deutschnationalen Wünschen entgegenzukommen, zu weit. Die in Aussicht genommene Kombination zerfiel schließlich. Nach einer länger als eine Woche andauernden Regierungskrise wurde endlich am 1. Dezember eine Ministerliste veröffentlicht, an deren Spitze der Zentrumsführer Marx als Reichskanzler steht. Das Ministerium, das sich aus Angehörigen der Mittelparteien zusammensetzt und am 3. Dezember vor den Reichstag treten will, hat, wenn ihm auch ausgesprochen Deutschnationalen nicht angehören, doch eine Zusammensetzung, die es nicht gestattet, daß die Arbeiterklasse mit Vertrauen zu ihm erblickt.

Die jüngste Regierungskrise hat wieder gezeigt, wie wichtig die politischen Zustände auch für die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Gestaltung der Lage der Arbeiterklasse sind. Die Wünsche und Forderungen der Arbeiterklasse bleiben unbeachtet, wenn die Arbeiter sich zersplittern und gegenseitig bekämpfen. Starke und in sich geschlossene Gewerkschaften sind, wenn sie auch in das politische Getriebe nicht unmittelbar eingreifen, ein wichtiger politischer Faktor, der nicht ignoriert werden kann. Ausbau und Zusammenfassung der Gewerkschaften, Ausschaltung von Streik und Sader und Bruderkampf geben uns die Macht, deren wir bedürfen, um Politik und Wirtschaft im Sinne der Arbeiterklasse zu beeinflussen und die übermächtig gewordene Reaktion auf allen Gebieten zurückzudrängen.

Aus dem Verbandsleben.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Wir haben seit dem 1. Dezember die Zeitungssammlung in der 48. Wochenbeilage für die Woche vom 2. Dezember bis 8. Dezember 1923 fertig geworden.

Die Beiträge für die 48. Wochenbeilage betragen 10 Mark für den Papiermarkt für 1 Pfennig. Sollte sich der Preis für den Papiermarkt ändern, so ist dieser anzunehmen, sonst gelten für die Beilage die in der 48. Wochenbeilage festgesetzten Beiträge.

10 Mark	10 Mark
15 Mark	15 Mark
20 Mark	20 Mark
25 Mark	25 Mark
30 Mark	30 Mark
35 Mark	35 Mark
40 Mark	40 Mark
45 Mark	45 Mark
50 Mark	50 Mark

Berichterstattung an die Zentralkommissionen.
Die Branchenkommissionen werden ersucht, rechtzeitig die üblichen Situationsberichte an die resp. Zentralkommissionen zu senden. Soweit besondere Fragebogen ausgegeben sind, müssen diese, sorgfältig ausgefüllt, an die ausgebende Stelle zurückgeschickt werden. Von der Zentralkommission der K.o.z.b.m. wird besonders darauf hingewiesen, daß der auf dem Fragebogen über die Ortsverteilungen verfaßte Fragebogen einheitlich nach dem Stande in der Woche vom 17. bis 22. Dezember zu beantworten ist, um so zu vergleichbaren Zahlen zu gelangen.

Unsere Lohnbewegungen.

Mit den Lohnvereinbarungen befinden wir uns gegenwärtig in einer Übergangszeit. Die Vereinbarung von Festmarzlöhnen macht Fortschritte, sie ist aber noch nicht allgemein durchgeführt. In der folgenden Übersicht ist eine Trennung zwischen den Bezirken mit Festmarz- und Papiermarklohnvereinbarungen vorgenommen. Einige Schwierigkeit macht der Mangel an verlässlichen Zahlungsmitteln. Betschlag sind mehrere Abmachungen über die Form der Lohnzahlung getroffen. So wird im Bezirk Bremen bei Zahlung in Papiermark ein Aufschlag von 40 Prozent gewährt. In der Sägewerkindustrie in Thüringen sollen 30 Prozent des Lohnes wertbeständig oder dieser Zeit in Papiermark mit 20 Prozent Aufschlag gezahlt werden. Derartige Vereinbarungen gibt es mehr, doch können wir sie in unserer tabellarischen Darstellung nicht einzeln berücksichtigen.

Vertragslöhne im Bereich des Reichsmantelvertrages für das Holzgewerbe.

Landesbezirk	Geltungsdauer	Durchschnittslöhne für Facharbeiter über 22 Jahre in Ostmark					
		I	II	III	IV	V	
a) Festmarzlöhne in Pfennigen							
Württemberg-Baden	22.11.-5.12.	—	48	46,08	44,16	42,24	40,32
Sachsen	16.11.-13.12.	60	58,80	57,60	55,80	—	—
Schlesien	22.11.-7.12.	—	37,95	35,05	34,50	32,20	29,90
Mecklbg.-Schw.	10.11.-	—	42	41,10	40,80	39,50	38,70
Mecklbg.-Strelitz	10.11.-	—	—	—	38,30	37,50	36,70
Hamburg	9.11.-29.11.	60	53	50	47	46	43
Bremen	9.11.-22.11.	—	45	43	41	38	36
Östl. Ostpreußen	9.11.-15.11.	—	—	49,30	41	38,50	36,50
Preuss. Ansb.	23.11.-6.12.	—	57,50	55	53	50,50	—
Rheinl.-Westf.	—	—	—	—	—	—	—
Unbef. Gebiet	19.11.-15.12.	58	54	49	44	39	34
Rheinprovinz	5.11.-31.12.	—	—	35	33	31	—
b) Papiermarklöhne in Milliarden							
Bayern	24.11.-30.11.	—	1124	1088	1012	955	899
Rheinl.-Westf.	—	—	—	—	—	—	—
Unbef. Gebiet	26.11.-2.12.	1000	960	—	—	—	—
Sachsen-Koblenz	25.11.-1.12.	1000	970	930	870	810	—

* Schiedspruch, der noch nicht die Zustimmung der Parteien gefunden hat.

Vertragslöhne in der Sägewerkindustrie.

Vertragsgebiet	Geltungsdauer	Vertragslohn für Arbeiter i. d. höchst. Altersklassen i. Ostmark				
		I	II	III	IV	
a) Festmarzlöhne in Pfennigen						
Württemberg-Baden	11.11.-	45	40	37	34	
Sachsen	9.11.-	44	42	40	38	
Thüringen	23.11.-	38	36,10	34,20	—	
Sachsen	23.11.-6.12.	47	45	43	40	
Altmark	22.11.-5.12.	35	33,50	32	—	
Mecklenburg-Schwerin	11.11.-	40	39,5	37	35,50	
Großsch. Glas	25.11.-	22	21,50	21	20	
Oberhessen	18.11.-23.11.	30	29	28	27	
Mittelschlesien	24.11.-	33	27	26	25	
Niederschlesien	17.11.-7.12.	28	27,50	26	—	
Brandenburg	23.11.-6.12.	49	47	42	37	
Nördliches Westfalen	18.11.-19.12.	34	32,30	30,60	28,90	
b) Papiermarklöhne in Milliarden						
Bayern	24.11.-30.11.	725	690	655	615	580
Oberhessen	19.11.-24.11.	489	490	422	—	—

* Schiedspruch, der noch nicht die Zustimmung der Parteien gefunden hat.

Bei der Ortsklasseneinteilung der Sägetarife handelt es sich nicht um eine reichsklasseneinteilung, so daß die Ortsklassen bei einzelnen Vertragsgebieten nicht miteinander vergleichbar sind.

Für die Anspindindustrie wurde eine vom 22. November bis 5. Dezember geltende Vereinbarung getroffen, nach welcher der Durchschnittslohn in den fünf Ortsklassen 50, 45, 40, 35 und 30 Pf. beträgt.

In der Blech-, Bleis- und Bleisbleiindustrie erhöht sich der Spitzenlohn entsprechend der Steigerung der Lebenshaltungskosten in den drei Ortsklassen auf 1039, 977 und 914 Milliarden.

Wertbeständige Postgebühren.

Vom 1. Dezember an sind die Postgebühren auf Rentenmarkt umgestellt. Nachstehend geben wir die wichtigsten Postsätze in Rentenpfennigen:

Postart	Ortsverkehr Fernverkehr		
	Rentenpfennige		
Briefe bis 20 Gramm	5	10	—
über 20 bis 500 Gramm	10	20	—
Drucksachen bis 50 Gramm	3 Rentenpf.		
über 50 bis 100 Gramm	5	10	—
100 " " 250 "	10	20	—
250 " " 500 "	20	40	—
500 " " 1000 "	30	60	—
Bücher zulässig	30	—	—
Geschäftspapiere bis 250 Gramm	10 Rentenpf.		
über 250 bis 500 Gramm	20	—	—
500 " " 1000 "	30	—	—
Päckchen bis 1000 Gramm (nur innerhalb Deutschlands sowie Danzig und Memel)	30		
	1. Zone bis 75 km	2. Zone bis 75 km	3. Zone über 75 km
	Rentenpfennige		
Pakete bis 3 Kilogramm	30	60	60
über 3 bis 5 Kilogramm	40	80	80
5 " " 6 " "	45	90	135
6 " " 7 " "	50	100	150
7 " " 8 " "	55	110	165
8 " " 9 " "	60	120	180
9 " " 10 " "	65	130	195
10 " " 11 " "	70	140	210
für je 1 Kilogramm mehr bis zum Höchstgewicht von 20 Kilogramm	mehr 10		
	20	30	—
Wohnanweisungen Zahlkarten			
Rentenpfennige			
bis 25 Rentenmark	20	10	—
über 25 bis 50 Rentenmark	40	20	—
50 " " 100 "	60	30	—
100 " " 200 "	80	40	—
200 " " 300 "	100	50	—
300 " " 400 "	120	60	—
400 " " 500 "	140	70	—
500 " " 1000 "	200	100	—
für je weitere 25 Rentenmark mehr	10	20	—

Die Zulassungsgesuchen gehen aus im Bezugsgebiet, Danzig, Memel, Litauen und Ostpreußen.
Nach Ungarn und der Tschechoslowakei sollen von dem 1. Dezember ab die Postgebühren für Drucksachen 20 Rentenpf. betragen. Nach dem 1. Dezember sollen die Postgebühren für Drucksachen bis 50 Gramm 20 Rentenpf., mehr als 50 bis 100 Gramm 30 Rentenpf., mehr als 100 bis 200 Gramm 40 Rentenpf., mehr als 200 bis 500 Gramm 50 Rentenpf., mehr als 500 bis 1000 Gramm 60 Rentenpf. betragen. Die Auslandspostgebühren für Drucksachen bis 50 Gramm 20 Rentenpf., mehr als 50 bis 100 Gramm 30 Rentenpf., mehr als 100 bis 200 Gramm 40 Rentenpf., mehr als 200 bis 500 Gramm 50 Rentenpf., mehr als 500 bis 1000 Gramm 60 Rentenpf. betragen.

Aus der Holzindustrie.

Der Almanach des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Der jetzt wieder herausgegebene Almanach unseres Verbandes erscheint nun zum 25. Male. Im Vorwort zur ersten Auflage, dem Almanach für 1900, sagt Theodor Leipart, daß er sich schon seit Jahren mit dem Gedanken beschäftigt habe, einen Taschenkalender speziell für die Verbandsmitglieder herauszugeben. Der Plan ist dann etwas plötzlich zur Verwirklichung gelangt. Den Anlaß gab die Notwendigkeit, Ersatz für eine nicht mehr erhältliche, bisher den Ortsverwaltungen zur Verfügung gestellte Anleitung zur Benutzung des Vereins- und Verbandskalenders zu schaffen. Der entsprechende Beschluß wurde vom Verbandsvorstand am 13. September 1899 gefaßt, und wenige Wochen später wurde der erste Almanach herausgegeben. Er fand in den Kreisen der Mitglieder starken Anklang. Nicht nur mußte die Auflageziffer von Jahr zu Jahr erhöht werden, auch der Inhalt des Almanachs wurde fortgesetzt erweitert und verbessert. Die Herausgabe eines Verbands-Taschenkalenders war vor 25 Jahren eine grundlegende Neuerung. Seither haben viele Gewerkschaften im In- und Auslande, in dem Weltkreis um die Ausgestaltung dieser Verbands-Taschenkalender steht unser Almanach aber nach wie vor zum mindesten mit an erster Stelle.

In dem Vorwort zur 25. Auflage heißt es vom Almanach für das Jahr 1924: „Er gibt Auskunft über alle wichtigen Begebenheiten in der Holzarbeiterbewegung, er unterrichtet über die Stärke und Wiederholung der Gewerkschaftsbewegung, und sein kleines Lexikon des Arbeiterrechts läßt wohl kaum eine Streitfrage des harten Kampfes des Arbeiters um sein Recht und Brot unerörtert. Daneben enthält er Wissenswertes aus dem Berufsleben des Holzarbeiters und der Holzwirtschaft und noch manches andere, was der rührige Gewerkschafter braucht.“ Das ist nur eine sehr knappe Andeutung des reichen Inhalts des haltbar in Ganzleinen gebundenen Büchleins. Der Preis ist auf 80 Goldpfennig festgelegt. Für Willkür eines Bleistifts 5 Pfennig mehr. Bestellungen sind möglichst an die Ortsverwaltungen zu richten. Bei direkter Bestellung ist auch das Porto für die Zusendung an die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes einzuschließen.

Gewerkschaftliches.

Aus der Gewerkschaftsinternationale.

Am 8. November fand in Amsterdam eine Sitzung des Vorstandes des Internationalen Gewerkschaftsbundes mit den Vertretern der internationalen Berufssekretariate statt. Bei dieser Gelegenheit wurde eine internationale Hilfsaktion für die deutschen Gewerkschaften beschlossen. Der Internationale Gewerkschaftsbund stellte sofort eine größere Summe zur Verfügung, und er richtet an die Landeszentralen das dringende Ersuchen, den Beispielen zu folgen und die angeschlossenen Organisationen zu veranlassen, das gleiche zu tun.

Die deutschen Gewerkschaften nehmen diese Hilfe als einen Beweis internationaler Solidarität mit Dank an. Die Verhältnisse haben sie leider so gestaltet, daß wir in Deutschland, die wir sonst stolz darauf waren, bei der Bekämpfung internationaler Solidarität stets die Gebenden zu sein, diesmal die passive Rolle spielen müssen. Wir sind überzeugt, daß die Arbeiter im Auslande auf das äußerste bemüht sein werden, die Sammlungen möglichst ergiebig zu gestalten, trotzdem wird man den materiellen Erfolg der Hilfsaktion nicht zu hoch einschätzen dürfen. In der Internationale der Holzarbeiter zum Beispiel ist unser Deutscher Holzarbeiter-Verband die weitläufigste Organisation. Die Organisationen in den anderen Ländern sind zahlenmäßig weit kleiner und bei vielen ist die Finanzkraft durch starke Arbeitslosigkeit, durch Lohnkämpfe usw. geschwächt. Nichtsdestoweniger darf die Bedeutung dieser Aktion, insbesondere in moralischer Beziehung, nicht unterschätzt werden. Unser Verband wird die aus dem Auslandshilfe eingehenden Gelder, ihrem Zweck entsprechend, zur Erhaltung der Einrichtungen unserer Organisation verwenden, sich im übrigen aber verpflichtet fühlen, die Beträge nur als Darlehen zu betrachten, die bei der Wiedergebesser der Verhältnisse der Internationale wieder zur Verfügung zu stellen sind.

In der gleichen Sitzung beschäftigte sich der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes mit den Beziehungen zu den russischen Gewerkschaftsinternationale. In der einstimmig angenommenen Entschließung wird unter Erneuerung der früher in der Sache gefaßten Beschlüsse das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes ermächtigt, an Besprechungen mit der Executive der russischen Gewerkschaftszentrale unter Ausschluß der hohen Gewerkschaftsinternationale teilzunehmen, um auf der Basis der Statuten und des Programms der Internationalen Gewerkschaftsbundes den Versuch zu machen, die internationale Einheit der Arbeiterbewegung herbeizuführen.

Die technischen Umstellungen in unserer Druckerei machten es unmöglich, die am 1. Dezember fällige Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung“ herauszugeben. Wir hoffen, daß es fortan möglich sein wird, das Verbandsorgan wieder regelmäßig jede Woche erscheinen zu lassen.

Karl Mayer, geb. 12. 9. 1903 zu Hochdorf (D.-V. Mühlhausen), w. gebeten, wegen Familienangelegenheit Nachricht zu geben an seinen Bruder Ernst.

Möbelflicker, welcher a. fauber gewohnt ist, auf bessere farn. Möbel gesucht. Verpflegung i. Domic. Fr. Götting, Glengr. A. Buchow (Hamm.).

Ersten Stuhlbauser stellt ein Regier. Baumeister R. Voeltger, Calbe a. S.

Gesucht für sofortige Aufstellung ein tüchtiger **Flügel-Zusammenleher**, der a. ausarb. kann. Salour-Frankfurt a. M.-West. Leipzig. Str. 3.

Zur Oberklasse bearbeitet v. Str. gebildet f. Elektroindustrie tüchtig. i. ansehlicher Stellung. Gesucht. Fr. Harg, Hochdörfer & Co., Holzwarenfabrik, Dieringhausen, St. Gammersbach (Rheinl.).

Tüchtiger, durchaus erfahrener **Vergolder u. Bronzepolierer**, welcher besch. ist, später die Meisterstelle zu übernehmen, kann sofort eintreten. Zuschriften an **Wahlstätter Gold- und Polierleistenfabrik Ernst Gilmanger, Wablingen-Stuttgart.**

Korbmacher auf sofortige Aufstellung für sofort gesucht. M. Fortel, Gültzow (Mecklenburg).

Jetzt lieferbar:

Almanach 1924

Taschenkalender für die Verwaltungen u. Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Der vorzüglich ausgestattete Kalender erscheint auch diesmal in Ganzleinen Einband Preis 80 Goldmark. Dieses Angebot gilt nur bis zum 31. Dez. Dazu passende Bleistifte 100 Goldmark.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes GmbH, Berlin S.O. 16, Am Köllnischen Park 2.

Druck und Verlag: Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, G.m.b.H., Berlin S.O. 16, Am Köllnischen Park 2.